

VGB - Presse-, „Spiegelfechterei“

Wirtschaftsmagazin **impulse** 03/2005

Frank Bsirske, Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaft Verdi:

„Ich will den freien Fall der Löhne verhindern“

Fazit ist: Der gleiche Mann, der diese Sätze spricht, zwingt seine rund 4500 Angestellten jetzt zu Gehaltskürzungen und Nullrunden. 2004 gab's die erste Nullrunde. 2005 müssen Verdi-Beschäftigte auf 2,5 Prozent des Gehalts verzichten, 2006 wird das Gehalt auf Vorjahresniveau eingefroren und 2007 soll es wieder auf den Stand von 2004 angehoben werden. Zum Vergleich. Bei der Telecom forderte Verdi 2004 fünf Prozent mehr Gehalt, organisierte einen ersten Warnstreik in Baden-Württemberg, dann einen Arbeitskampf im gesamten Bundesgebiet. Am Ende erreichte die Gewerkschaft eine Steigerung von 2,3 Prozent.

Die Heuchler

Die lautesten Kritiker der Unternehmer sind selbst die rüdesten Arbeitgeber im Land: Gewerkschaften, SPD und Kirchen

Martin Lesch, 53, kann nicht glauben, was er da hört. In der Mitarbeiterversammlung der Gewerkschaft Verdi in Dresden kündigt Gesamt-Betriebsrat Thomas Voß an: Fünf Prozent des Gehalts jedes Verdi-Mitarbeiters ziehe die Gewerkschaft künftig ein – auf unbestimmte Zeit. Das Geld werde verzinst und später zurückgegeben, frühestens 2008. Ein Zwangsdarlehen. „Selbst Schlecker, Aldi oder Lidl würden es nicht wagen, das ihren Mitarbeitern zuzunuten“ sagt Lesch – und reicht im April 2004 Klage beim Arbeitsgericht Leipzig ein. In der Folge rufen rund 70 weitere Verdi-Mitarbeiter die Arbeitsgerichte an. Das Zwangsdarlehen können sie so verhindern, drastische Gehaltskürzungen nicht.

Es klingt paradox: Die Gewerkschaft Verdi, die für die Rechte der Arbeitnehmer kämpfen soll, wird von ihren eigenen Mitarbeitern verklagt. Und doch steht dieser Fall stellvertretend für die Situation vieler Angestellter in arbeitnehmernahen Organisationen. Es ist in Deutschland Wirklichkeit geworden, dass Gewerkschaften, SPD und sogar die Kirchen härter mit ihren Mitarbeitern umgehen als selbst große Unternehmen, die unter gewaltigem Kostendruck stehen.

Hinzu kommt: Nirgendwo genießen Beschäftigte so wenig Schutz wie gerade bei den Gewerkschaften. Denn ausgerechnet die Gewerkschaftsangestellten haben keine eigene Interessenvertretung. Verdi weigert sich die Gewerkschaft der Gewerkschaftsmitarbeiter (VGB) anzuerkennen. Dass Verdi damit gegen geltendes Recht verstößt, hat Gewerkschaftsboss Frank Bsirske vom Arbeitsgericht Düsseldorf schriftlich bekommen. Im August 2004 hatte eine Beschäftigte geklagt – und gewonnen.

Horst-Udo Niedenhoff, Gewerkschaftsexperte beim Institut der deutschen Wirtschaft in Köln: „Verdi vergeht sich am geltenden Recht. Der Vorstand kann den Betriebsrat fast nach Gutdünken erpressen, weil der Betriebsrat nicht zum Streik aufrufen darf. Verdi geht bewusst an die Schwächeren heran und erreicht Abschlüsse, die neuerdings noch nicht einmal die Hälfte von dem betragen, was Verdi selbst bei anderen Unternehmen durchsetzt.“

Dafür begründet Verdi-Sprecher Harald Reutter die Phobie gegen hausinterne Gewerkschaften als „Spiegelfechtere“. Sein Argument: Eine Gewerkschaft der Gewerkschaft bräuchte auch Mitarbeiter. Diese Mitarbeiter müssten auch vertreten werden, benötigten wieder eine Gewerkschaft – und so gehe das immer weiter bis ins Unendliche. Da sei es besser, gleich ein Schlusspunkt zu setzen.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Hartz IV bedeutet für hundertausende ein Verarmungsprogramm“

Fakt ist: Der DGB will jetzt seine Abteilungen für Rechtsschutz auflösen und in eine GmbH umwandeln. Die Angestellten sollen dort mit abgespeckten Rechten weiterarbeiten. Gewerkschaftsexperte Niedenhoff klagt: „Der DGB geißelt öffentlich betriebsbedingte Kündigungen. Aber in den vergangenen Jahren haben die Gewerkschaften selbst insgesamt rund 20 Prozent ihrer 12000 Mitarbeiter abgebaut. Allesamt Kandidaten für Hartz IV. Sie machen dasselbe wie die Wirtschaft – aber sie wollen es vertuschen.“

Unter anderem setzte sich auch der Artikel von **Markus Waitschies** ressort.politik@impulse.de mit der Evangelischen Kirche Deutschlands und der SPD auseinander.
Aus Platzgründen wurde er gekürzt auf die Berichte zu *ver.di* und zum *DGB*.

VGB-Nachrichten an unsere Rentner und Pensionisten VGB-Nachrichten

*Die Anschrift der Unterstützungskasse des DGB hat sich geändert.
Anträge auf betriebliche Altersversorgung und deren Anpassung sind zu richten an die
Unterstützungskasse des DGB e.V., 10787 Berlin, Keithstraße 1-2*

Letzte Meldung

*Im Beschlussverfahren **VGB ./.** **ver.di BR Sachsen** wies die RiArbG des ArbG Dresden am 18.01.2005 den Antrag des **VGB** auf Zutrittsrecht zu den Betriebsversammlungen ab. Die Begründung steht noch aus. Wir werden weiter berichten und legen nach Vorlage der Begründung Beschwerde zum LAG Sachsen in Chemnitz ein.*

Bitte vormerken

*Die nächste **VGB-Mitgliederversammlung** ist am **Samstag, dem 14.06.2005, 11.00 Uhr** in Frankfurt/Main, Haus Gutleut, Rottweilerstraße 32
Tagesordnung u.a.: Wahl einer Tarifkommission bei ver.di*

VGB - Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten
60135 Mühlheim, Offenbacher Straße 28
www.derVGB.de

